

› KOOPERATION MIT DEM BMZ

- › Aktuell fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) rund 350 kommunale Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in Entwicklungsländern, die weiter ausgebaut werden sollen. Dabei besteht der Wunsch, die bestehende Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden insbesondere um den Sachverstand kommunaler Unternehmen für kommunale Infrastruktur zu erweitern.
- › Ziel ist es, 1.000 kommunale Partnerschaften in den nächsten zwei Jahren zu avisieren. Gleichzeitig sollen infrastrukturelle Kenntnisse und Fertigkeiten der Flüchtlinge in Deutschland gefördert und gestärkt werden, die diese nach der Rückkehr in ihre Heimat für den Wiederaufbau vor Ort nutzen können.
- › Unter Berücksichtigung der Spezifika deutscher Kommunen und kommunaler Unternehmen ruft der VKU den nachfolgenden 8-Punkte-Plan ins Leben, der bei den genannten Zielsetzungen unterstützen soll:

1. Regionen definieren

Es gibt zahlreiche Regionen, in der Welt, die unbenommen der Hilfe bedürfen. Gerade deshalb ist es notwendig, sich aktuell auf die Regionen zu konzentrieren, in denen die Hilfe momentan am nötigsten ist. Daher fokussieren wir insbesondere auf den Nahen Osten (Jordanien, Syrien und Irak) und die Maghreb-Region. Es geht um den gezielten und gebündelten Einsatz des infrastrukturellen Know-hows, Personals und technischen Geräts für den (Wieder-) Aufbau adäquater Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie von Verwaltungsstrukturen vor Ort von und durch Kommunen und kommunalen Unternehmen.

2. Einsatzfelder definieren

Um zielgerichtet helfen zu können und Leistungen bei den kommunalen Unternehmen abzurufen, bedarf es einer Verständigung über die Prioritäten vor Ort: Ist es der Zugang zu sauberem Trinkwasser, die Entsorgung von Abwässern? Geht es primär um den Aufbau einer sicheren Energieversorgung oder müssen wir die Abfallentsorgung vor Ort organisieren, um die Menschen vor Krankheiten zu schützen? In welchen Regionen ist welche Hilfe am dringendsten? Hier wird das BMZ Felder und Branchen definieren.

3. Langfristigen Betrieb organisieren (Betreibermodelle)

Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort zu den Experten für die Infrastrukturen und Anlagen der Daseinsvorsorge werden: Nachhaltige und langfristige Unterstützung funktioniert nur, indem die Menschen vor Ort geschult werden und sich für die Anlagen und Infrastrukturen verantwortlich fühlen, das zeigt die Erfahrung der kommunalen Unternehmen vor Ort. Dem Aufbau von Know-how bei lokalen Betreibern kommt noch nicht die notwendige Bedeutung zu. Letztendlich entscheiden Betreiber vor Ort auch über einzusetzende Technologien. Dies in Betracht zu ziehen, erhöht die Chancen eines erfolgreichen Betriebs dieser Anlagen sowie für den Export deutscher Umwelttechnologien. Von einer besseren Einbindung des in Deutschland vorhandenen umfangreichen Know-hows kommunaler, öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierter Betreiber für die Betriebsführung ist eine signifikante Erhöhung der Qualität der Versorgung in Partnerländern vor Ort zu erwarten.

4. Know-how kommunaler Beschäftigter nachhaltig nutzen

Es ist ein immenses Know-how bei den Beschäftigten kommunaler Unternehmen vorhanden, welches oftmals nach Eintritt in den Ruhestand oder Ausscheiden aus der Kommune bzw. dem kommunalen Unternehmen verloren geht. Gemeinsam gilt es, den Aus- und Aufbau eines Pools von Senior Experts sowohl aus dem technischen als auch aus dem betriebswirtschaftlichen Feld anzugehen. Dieses kann allerdings nicht gänzlich auf Basis ehrenamtlichen Engagements geschehen. Zumindest für Reise- und Unterkunfts-kosten bedarf es eine Finanzierung. Auch für logistische Fragen (Visa, Unterkunft) bedarf es eines Ansprechpartners. Hier kann das BMZ künftig zur Drehscheibe von Angebot und Nachfrage werden. Für die neue Agentur für Wirtschaft und Entwicklung läge hier ein wirkungsvolles Betätigungsfeld.

5. Beschäftigungsangebote für Flüchtlinge unterstützen

Kommunen und kommunale Unternehmen können im Rahmen einer Ausbildung oder im Rahmen von Praktika Kenntnisse vermitteln, die die Geflüchteten nach ihrer Rückkehr in die Heimat sinnvoll einsetzen können. Kommunale Unternehmen beschäftigen heute schon direkt über 245.000 Menschen und bieten darüber hinaus Beschäftigung für insgesamt 690.000 Menschen in Deutschland. Sie sind in der Regel Mitglied der Industrie- und Handelskammern und anerkannte Ausbildungsbetriebe und sollten daher an den entsprechenden Programmen des Bundes zur Integration der Geflüchteten beteiligt werden.

6. Rechtssicherheit schaffen – Politische Unterstützung zusichern

Kommunen und kommunale Unternehmen bieten vielfältige Möglichkeiten, in der Flüchtlingshilfe und der Fluchtursachenbekämpfung aktiv zu unterstützen. Gleichzeitig unterliegen die Kommunen und auch die kommunalen Unternehmen finanziellen und rechtlichen Regelungen, die sie von vielen anderen Akteuren unterscheiden und die auch bei dem Thema Flüchtlingshilfe berücksichtigt werden müssen. Die Kommunen und die kommunalen Unternehmen sind daher auf eine breite politische Unterstützung sowohl auf der Bundes- sowie der Landesebene angewiesen, um Projektideen zu verwirklichen. So führen die unterschiedlichen Kommunalverfassungen der Bundesländer im konkreten Fall zu Rechtsunsicherheit, so dass aktuell das kommunale außereuropäische Engagement zumeist auf dem individuellen Willen und dem individuellen Engagement Einzelner fußt. Um dieses Hindernis zu überwinden, bedarf es nicht zwingend Gesetzesänderungen bei den Kommunalverfassungen in den Ländern, sondern vor allem einer positiven und proaktiven Begleitung durch die Kommunalaufsichten der Bundesländer sowie der politischen Unterstützung auf höchster politischer Ebene des Bundes sowie der Länder.

7. Bündnis für Finanzierung initiieren

In finanzieller Hinsicht muss berücksichtigt werden, dass sich Kommunen und kommunale Unternehmen einem engen rechtlichen Rahmen gegenüber sehen, wenn es um den Einsatz von Steuereinnahmen oder anderen Abgaben, wie beispielsweise Gebühren geht, die in der Regel kostendeckend erhoben werden müssen. Für die Finanzierung außereuropäischen Engagements bedarf es hier daher angepasster Finanzierungsmodelle. Zusammen mit starken Partnern wie beispielsweise der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und dem BMZ können unbürokratische Fördermöglichkeiten für wirtschaftliche Partnerschaften auf kommunaler Ebene geschaffen werden.

8. Kommunalpartnerschaften unterstützen

Die einfachste Möglichkeit, kommunale Partnerschaften ins außereuropäische Ausland zu stärken und neue zu initiieren, ist es, bereits bestehende Netzwerke und Programme zu nutzen. Fast jede Stadt oder Gemeinde in Deutschland hat eine Partnerstadt. Die kommunalen Spitzenverbände sind bereits seit Jahrzehnten in Programmen aktiv, sei es beispielsweise über die Initiative Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt oder über Dialog- und Lernangebote von Connective Cities, um nur einige zu nennen. Die GIZ und neuerdings auch die Agentur für Wirtschaft & Arbeit sind hier wichtige Partner in der Begleitung dieser Programme. Die Verbände der Kommunen und der kommunalen Unternehmen werden die aktuellen Ausschreibungen zu Kommunalpartnerschaften aktiv bewerben.